

A hand-drawn map on a textured surface, possibly a piece of paper or fabric. The map features several colored arrows pointing in different directions: a green arrow pointing up and to the right, a blue arrow pointing up and to the left, a red arrow pointing down and to the left, and a green arrow pointing down and to the left. A small globe is visible in the top left corner. The background is a light, textured surface.

2.

Wo wir hinwollen:
Der europäische Weg im
digitalen Zeitalter

2.

Wo wir hinwollen: Der europäische Weg im digitalen Zeitalter

Der Wandel der deutschen und europäischen Wirtschaft hin zu einer digitalen Produktions- und Plattformökonomie kann zu einem Treiber von Wachstum, Innovation, Produktivität und Beschäftigung werden. Besonders die Potenziale für unsere leistungsfähige, mittelständisch geprägte Industrie mit ihren herausragenden Produkten und produktionsnahen Dienstleistungen müssen genutzt werden. Wenn wir es schaffen, unsere hohe industrielle Kompetenz mit der Digitalisierung zu verschmelzen und auszubauen, werden die europäischen Wirtschaftsstandorte wettbewerbsfähig und erfolgreich bleiben. Dann werden auch Arbeitnehmer von attraktiven Arbeitsplätzen, guten Arbeitsbedingungen, einem gesicherten Lebensstandard und einem hohen Grad an Autonomie profitieren. Und dank einer modernen digitalen Infrastruktur, die Unternehmen und Bürgern gleichermaßen zur Verfügung steht und sie mit anderen verbindet, werden auch immer mehr Menschen in Deutschland den Anschluss an die digitale Welt finden können.

Manche halten ein digitales Laissez-faire für den bestmöglichen Ordnungsrahmen einer Digitalwirtschaft. Diese Auffassung teilen wir nicht. Der rasante Aufstieg von vor allem amerikanischen Plattformen in Deutschland und Europa hat viele Probleme und potenzielle Verlierer aufgezeigt. Längst ist nicht mehr sicher, dass Unternehmen, die auf einem gemeinsamen Markt aktiv sind, auch gleiche Wettbewerbsbedingungen und -chancen haben. Die bestehenden Rechtsbegriffe passen häufig nicht mehr zu den neuen digitalen Lösungen. Wir werden keine rechtlichen Grauzonen bei digitalen Plattformen hinnehmen und Regulierungsgefälle nicht tolerieren.

Die Ordnungspolitik, die wir anstreben, schafft die Voraussetzungen für eine neue digitalindustrielle Ökonomie. Sie sorgt für eine hohe regulatorische Verlässlichkeit, die wir immer noch als wesentlichen Einflussfaktor

für hohe Investitionen und die Umsetzung von Geschäftsmodellen mit langfristiger Kapitalbildung begreifen. Sie schützt die individuellen Freiheiten und sorgt dafür, dass alle Marktteilnehmer gleiche Zugangschancen haben. Vier zentrale Orientierungen leiten uns.

2.1 Transformation statt Disruption

Die fortschreitende Digitalisierung bringt Zielkonflikte und Richtungsentscheidungen mit sich. Wir müssen zuallererst auf diese Grundsatzfrage eine politische Antwort geben: Verstehen und fördern wir die Digitalisierung als Disruption, also als Zerstörung des Bestehenden? Oder wollen wir einen Transformationsprozess, durch den die bestehende Wirtschaft mit der schöpferischen Kraft digitaler Mittel und Geschäftsmodelle moduliert und modernisiert wird? Angesichts des ökonomischen Erfolgs und der spezifischen Stärken des Industriestandorts Deutschland und anderer europäischer Volkswirtschaften kann die Antwort nur lauten: Wir wollen einen Transformationsprozess und keine Disruption. Das bedeutet, dass die Transformation politisch flankiert werden muss.

Die Qualität und Zuverlässigkeit deutscher Unternehmen ist weltweit anerkannt und geachtet. Sie beruht auf vielen Stärken: auf Unternehmertum und Innovationsfähigkeit, auf einer exzellenten Infrastruktur und einem engmaschigen Netzwerk von Großunternehmen sowie kleineren und mittelgroßen Unternehmen, auf der Kombination von industrieller Kompetenz und produktionsnahen Dienstleistungen, auf der Zusammenarbeit von wissenschaftlicher Forschung und Anwendungsorientierung, auf einer etablierten und konstruktiven Sozialpartnerschaft und einem System von Regeln, das Wettbewerb fördert und sozialen Ausgleich vorsieht.

Dieses System ist leistungsfähig, weil es organisch gewachsen ist. Und es hat gezeigt, dass es sich immer wieder schnell und flexibel an neue Herausforderungen anpassen kann. Das kann und muss uns auch bei der Transformation zur digitalen Industriegesellschaft gelingen.



Plattformen als Platzhirsche der Digitalwirtschaft haben inzwischen erhebliche Marktanteile erobert; dank Big Data organisieren und orchestrieren sie den zentralen Kundenzugang und sind dabei, in ihren neu geschaffenen Ökosystemen etablierte analoge Unternehmen in die Rolle von Zulieferern abzudrängen.

Eine gestaltende Transformation der Plattformökonomie bedeutet auch, ungewünschte Entwicklungen der Digitalisierung zu korrigieren. Manche Geschäftsmodelle und Praktiken von Plattformanbietern unterlaufen bewährte Prinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb wird im Sinne eines „The winner takes it all“ verstanden und (zumindest temporäre) Monopolstellungen werden als Ausweis einer besonders erfolgreichen Geschäftsidee durchaus akzeptiert.

Vor allem das Streben einiger weniger Plattformen nach absoluter Marktbeherrschung, ihr durch Netzwerkeffekte forciertes Turbowachstum und ihre teilweise vorhandene Bereitschaft, den Geltungsbereich nationaler Rechtsordnungen, z. B. beim Datenschutz, auszuloten oder sogar infrage zu stellen, setzen unsere Wirtschaft und unsere Wettbewerbsvorteile unter Druck und machen politisches Handeln und Regelungen nötig.

Wesentliche Risiken einer ungeordneten Digitalisierung liegen u. a. in einer Gefährdung der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung sowie in der Kontrolle des Zugangs zu geschäftsrelevanten Informationen in den Händen einiger weniger Player.

Wir wollen den Übergang in das digitale Zeitalter ohne Brüche gestalten und moderieren. Deutschland und Europa können ein Vorbild darin werden, industrielle Kompetenzen und digitale Chancen miteinander zu verbinden, Innovationen und Investitionen anzureizen und eine überbordende Plattformökonomie in vernünftige Bahnen zu lenken, ohne an ökonomischer Dynamik einzubüßen.

Deutschland und Europa brauchen kein digitales Laissez-faire, sondern einen politisch begleiteten Prozess des digitalen Wandels. Aufgabe des Staates ist, durch Setzen und Durchsetzen klarer Regeln und durch Definition angemessener Rahmenbedingungen eine positive Wirtschaftsdynamik auf einem „Level Playing Field“ in Gang zu setzen.

Level Playing Field

Sinngemäß übersetzt mit „Spielen auf gleicher Augenhöhe“, geht es beim „Level Playing Field“ um Fairness zwischen Unternehmen, die auf dem gleichen Markt aktiv sind. Nur wenn für die Unternehmen auf dem gleichen „Spielfeld“ einheitliche Regeln bzw. Wettbewerbsbedingungen gelten, lässt sich Wettbewerbsneutralität gewährleisten.

Digitalisierung darf nicht zu Monopolisierung und Marktabstottung führen. In der Konsequenz muss der Ordnungsrahmen deshalb an geänderte Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodelle angepasst werden. Es gilt, Entwicklungen vernünftig einzuhegen, ohne dabei an wirtschaftlicher Dynamik einzubüßen.

Von der Notwendigkeit, als Plattform eine kritische Größe zu erreichen, ist es oft nur ein kleiner Schritt bis zu einer marktbeherrschenden Position. Dann besteht die Gefahr, dass Zutrittsbarrieren geschaffen sowie durch bewusste Inkompatibilitäten Plattformwechsel erschwert werden. Zudem können marktbeherrschende Unternehmen in vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsstufen vordringen und ein geschlossenes Ökosystem aus Hardware, Software, Services und Content schaffen. Hier ist das Recht gefordert, auch im Bereich der digitalen Wirtschaft faire Marktchancen für alle (wieder-)herzustellen.

Ziel muss es sein, den Missbrauch von Marktmacht zu verhindern. Ein weiteres Instrument dazu ist die **Fusionskontrolle**, die bislang an das Erreichen bestimmter Mindestumsätze geknüpft ist. Missbrauchsprüfung und Fusionskontrolle als die beiden wichtigsten Instrumente der Wettbewerbshüter drohen durch die Besonderheiten der Digitalökonomie – nicht klar abgrenzbare sowie unentgeltliche Märkte – ausgehebelt zu werden. Deshalb haben wir mit der neunten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die Initiative ergriffen und werden das Wettbewerbsrecht für die Digitalisierung fit machen.

Schließlich bedarf ein wirksames Kartellrecht einer schnellen und konsequenten Anwendung. Marktverschiebungen durch neue digitale Player geschehen in so hoher Geschwindigkeit, dass am Ende eines mehrjährigen Kartellverfahrens meist irreversible Tatsachen stehen – kurz: Das marktführende Unternehmen hat seine Wettbewerber an den Rand oder ganz aus dem Markt gedrängt.

Der Staat ist nach unserem Verständnis nicht nur Regelsetzer, sondern zugleich auch Motivator und Treiber. Dazu gehört, Risikobereitschaft zu stärken und Vertrauen in Deutschlands eigenen Digitalisierungsweg zu schaffen. Auf der Unternehmensebene muss vor allem die scheinbare Dichotomie von digitaler und produzierender Wirtschaft überwunden werden. Deutschlands Chance liegt darin, digitale und industrielle Kompetenzen zu bündeln und zu verschmelzen.

Fusionskontrolle

Eine Fusion ist der Zusammenschluss von Unternehmen. Im Rahmen der Zusammenschluss- oder auch Fusionskontrolle sollen nur solche Zusammenschlüsse von Unternehmen verboten werden, die zu einer Verschlechterung der Marktstruktur führen und die Gefahr bergen, dass sich marktbeherrschende Unternehmen missbräuchlich verhalten.



Wir sind uns sicher: Nur wenn die Gesellschaft die Digitalisierung bejaht und zugleich benennt, welche Regeln sie sich wünscht und braucht, werden wir weiterkommen. Wir brauchen einen digitalen Aufbruch, der Chancen und Sicherheit, aktuelle Fähigkeiten und neues Wissen kombiniert. Einen Aufbruch für die Vorteile der Digitalisierung und eine Digitalisierung für viele, nicht für wenige. Entlang dieses Leitbilds entsteht unser Ordnungsrahmen. Er wird die Plattformökonomie auf ein neues Qualitätsniveau heben und vorteilhaft für die Menschen gestalten.

2.2 **Wachstumsdynamik und Teilhabe**

Die Digitalisierung ist – wenn sie erfolgreich von der Wirtschaft betrieben wird – ein Wachstumsprogramm für Deutschland und Europa. Wenn die Unternehmen künftig Produktions- und Plattformkompetenz überzeugend verbinden, werden sie Durchbrüche schaffen – und damit Markterfolge feiern. Neues digitales Wachstum ist gut und richtig, es hilft Deutschland, in einer schrumpfenden Gesellschaft seine Soziale Marktwirtschaft und seine Sicherungssysteme finanzierbar zu halten.

Die Wachstumsimpulse müssen in erster Linie aus der Wirtschaft selbst kommen. Der Staat kann und soll die Dynamik zusätzlich positiv beeinflussen. Die Digitalisierung muss durch eine kluge und vorausschauende Politik flankiert werden, damit alle Akteure die Potenziale bestmöglich nutzen können. Der Aufbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze in der Fläche gehört ganz sicher auf die Wachstumsagenda – daran hängt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Alle Teile des Landes müssen erschlossen werden, schließlich haben viele erfolgreiche, international orientierte Mittelständler ihre Zentralen abseits der Ballungszentren. Ohne schnelle Datenautobahnen wird Deutschland in der zweiten Phase der Digitalisierung global nicht vorn mitspielen können. Unsere exzellente Verkehrsinfrastruktur hat in den vergangenen Jahrzehnten den Aufstieg der Wirtschaft mitbegründet und gesichert. Nun müssen wir auch bei den digitalen Netzen nachziehen und den Sprung in die Gigabit-Gesellschaft schaffen.

Die innovativsten Geschäftsmodelle der Digitalwirtschaft sind datengetrieben. Die Potenziale, die in der Nutzung von Big Data liegen, zeigen

sich in den Erfolgsgeschichten der erfindungsreichsten Plattformen der globalen Wirtschaft. Durch immer verfeinerte neue Datenauswertungstechnologien können sich Unternehmen immer weiter verfeinerte besser Verbraucherbedürfnissen anpassen. Das ist für beide Seiten attraktiv.

Datenerhebung und -verarbeitung zu vermeiden oder stark zu begrenzen, kann deshalb kein vernünftiges wirtschaftspolitisches Ziel sein. Ein solcher Minimierungsansatz geht an der Realität einer modernen Digitalwirtschaft vorbei. Das Geschäft mit Daten könnte bis 2020 in Europa nach Schätzungen der Europäischen Kommission ein Volumen von bis zu 650 Milliarden Euro erreichen – das wären mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union.¹⁹

Die deutsche und europäische Wirtschaft sollen auf Big-Data-Anwendungen setzen können. Und es muss Raum geben, mit neuen Datenmodellen und -lösungen zu experimentieren.

In allen Fällen müssen allerdings die sichere Kommunikation und der sichere Umgang mit Daten essenziell bleiben. Der Staat ist gefordert, ein hohes Maß an Rechtssicherheit zu allen Fragen der Datennutzung zu schaffen. Die Verlässlichkeit in der Datenkommerzialisierung wird sich womöglich im weltweiten Wettbewerb noch als europäisches Plus erweisen, wenn Unternehmen anderswo in ihrem Datenhunger alle Barrieren einzureißen versuchen – Big Data „made in Europe“ könnte zu einem neuen Qualitätssiegel werden.

Bei aller Wachstumssteigerung muss der Staat aber zugleich dafür sorgen, dass ein steigendes Wohlstandsniveau bei allen Teilen der Bevölkerung ankommt und möglichst vielen Menschen die Chance eröffnet, persönlich voranzukommen. Die Vorstellung, wonach das Wachsen einer Volkswirtschaft automatisch Wohlstandsgewinne für alle Bürger bringt, war so noch nie realistisch.

Nun zeigen neue Untersuchungen wie der „Report über inklusives Wachstum und Entwicklung“ des Weltwirtschaftsforums (WEF)²⁰ von Januar 2017 sehr detailliert auf, dass Wachstum inzwischen keinesfalls Fortschritt für jeden in der Gesellschaft bedeutet. Aufschwungphasen können sehr wohl auch mit steigender Ungleichheit einhergehen – und das kann am Ende das größte Hemmnis für eine dauerhafte gute wirtschaftliche Entwicklung sein.

¹⁹ International Data Corporation (IDC)/Open Evidence: European Data Market, D8 – Second Interim Report, 2016.

²⁰ World Economic Forum: The Inclusive Growth and Development Report 2017.



Gerade die Digitalisierung muss der Staat mit einer möglichst breiten Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen am wirtschaftlichen Aufschwung begleiten. Es gilt, die Spaltung in Verlierer und Gewinner eines digitalen Zeitalters zu verhindern.

Zweifellos sehen Millionen Menschen in Deutschland und Europa der Zukunft mit Sorge und Angst entgegen: Kann ich mit den digitalen Anforderungen noch Schritt halten? Wird durch die Digitalisierung der eigene Job bald wegfallen? Wie und auf welchen Feldern muss ich mich künftig qualifizieren? Hier kann sich der Staat nicht wegducken: Er muss Lösungen und Wege finden, welche die Gesellschaft zusammenhalten.

Die Antwort der Politik auf die Ängste der Menschen muss lauten, eine digitale Soziale Marktwirtschaft zu etablieren – also die digitale Wachstumsdynamik zugleich mit (ökonomischer) Sicherheit und Teilhabe zu verbinden. Dafür steht unser Ziel der inklusiven Digitalisierung.

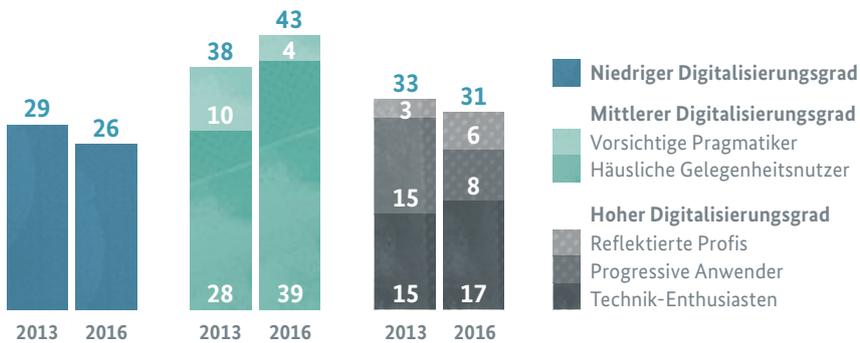
D21-Digital-Index

Der D21-Digital-Index ist der Nachfolger des (N)Onliner-Atlas und wird von Kantar TNS (ehem. TNS Infratest) im Auftrag der Initiative D21 durchgeführt. Seit 2013 liefert die Studie jährlich ein umfassendes Lagebild zum Digitalisierungsgrad der Gesellschaft in Deutschland. Befragt werden über 30.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 14 Jahren inklusive der Offliner, also Menschen ohne Internetzugang. Damit bildet der D21-Digital-Index die gesamte deutsche Bevölkerung ab.

Nach der aktuellen Erhebung des **D21-Digital-Index** 2016 stehen immer noch rund 18 Millionen Menschen in Deutschland gewissermaßen im digitalen Abseits – was ungefähr einem Viertel der Bevölkerung entspricht (siehe Tabelle). Sie verfügen über geringe oder gar keine digitalen Kompetenzen, bleiben bei der Nutzung der digitalen Möglichkeiten außen vor und zeigen kein Interesse an digitalen Trends. Der Anteil ist über die vergangenen drei Jahre fast gleich geblieben – Deutschland weist nach wie vor eine deutliche digitale Spaltung auf. Hinzu kommt: Der Anteil der Menschen, die als digital erfahren gelten, ist im Drei-Jahres-Vergleich sogar leicht gesunken.

Die segmentierte digitale Gesellschaft in Deutschland

Anteil der Gesamtbevölkerung (in Prozent)



Quelle: D21-Digital-Index 2016

Bildungspolitik muss deshalb Teil einer wachstumsorientierten Digitalpolitik werden. Die bessere Vermittlung von Digitalkompetenzen sollte schon in der Schule beginnen. Dazu gehören die Einbindung digitaler Themen und Medien in den Unterricht, entsprechend aus- und weitergebildete Lehrkräfte und eine adäquate Informationstechnologie-Infrastruktur. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen darf sich aber nicht nur auf Schulen und später dann Hochschulen beschränken, sondern muss auch breit die Arbeits- und Berufswelt erfassen. Neun von zehn Arbeitsplätzen werden künftig ein Mindestmaß an Digitalkompetenz erfordern. Lebenslanges Lernen und damit eine Aufwertung der berufsbegleitenden Weiterbildung werden notwendig sein, um mit dem Tempo der Digitalisierung Schritt zu halten.



Weißbuch „Arbeiten 4.0“

Im November 2016 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das Weißbuch „Arbeiten 4.0“ vorgestellt.²¹ Es bilanziert einen knapp anderthalbjährigen Prozess des Dialogs über die Zukunft der Arbeitswelt, der mit Expertinnen und Experten, Sozialpartnern, Verbänden, Unternehmen, Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern seit April 2015 geführt wurde. Das Weißbuch beschreibt die zentralen Spannungsfelder, die sich aus der digitalen Transformation für die Arbeitswelt ergeben und identifiziert Handlungsbedarfe sowie erste Lösungsansätze für eine erfolgreiche Gestaltung dieses Wandels.

Das Weißbuch unterstreicht die Notwendigkeit gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und insbesondere sozialpartnerschaftlicher Flexibilitätskompromisse: Je mehr es gelingt, den technischen Fortschritt mit sozialen Innovationen zu verbinden und Vorteile für Unternehmen und Beschäftigte zu schaffen, desto mehr Akzeptanz und Erfolg wird die digitale Transformation haben.

Ein Schwerpunkt liegt auf einer besseren Unterstützung der Qualifizierung im Laufe des Berufslebens. Das BMAS sieht zwar in der Summe keine Gefahr weitreichender technologisch bedingter Arbeitslosigkeit, wohl aber zeichnet sich ein beschleunigter Wandel von Berufen und Tätigkeiten ab, der erheblich größere Anstrengungen im Bereich der Aus- und vor allem regelmäßigen Weiterbildung erforderlich machen wird. Das BMAS schlägt daher u. a. vor, Beschäftigungsrisiken im Lebensverlauf in der Arbeitslosenversicherung stärker präventiv abzusichern. Weitere Schwerpunktthemen des Weißbuchs betreffen etwa den Bereich der Arbeitszeitgestaltung oder den Beschäftigtendatenschutz, aber auch Fragen der Anpassung sozialstaatlicher Instrumentarien an die sich wandelnde Arbeitswelt.

Mit digitalen Plattformen setzt sich das Weißbuch des BMAS vor allem unter dem Blickwinkel der raschen und teilweise umfassenden Veränderungen auseinander, die diese auf Märkten und in Branchen auslösen, sowie mit deren Rückwirkungen auf Beschäftigung und die Arbeitsbeziehungen. Auch hier hat die Entwicklung zwei Seiten: Dem hohen Nutzen für die Kunden und den Beschäftigungspotenzialen durch deutlich verbesserte Möglichkeiten, die eigene Arbeitsleistung am Markt anzubieten, steht die Gefahr gegenüber, dass Plattformen die Verdrängung regulärer durch unsichere

21 PDF-Download unter: <http://bit.ly/2gaOxuB> (abgerufen am 15.03.2017)

Beschäftigung vorantreiben. Erforderlich sind eine weitere Beobachtung der Entwicklung und eine bessere Datenlage, um abzuschätzen, ob arbeits- und sozialrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Das BMAS setzt zudem auf mehr Transparenz für die Nutzer. Plattformen sollten für einen angemessenen Preis-Leistungs-Vergleich über die Arbeits- und Absicherungsbedingungen der von ihnen eingesetzten oder vermittelten Erwerbstätigen informieren.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mit seinem Weißbuch „Arbeiten 4.0“ neue Lösungswege zur Qualifikation und Weiterbildung in der Digitalökonomie entwickelt. Auch zur Stärkung der Mitbestimmung wurden konkrete Vorschläge erarbeitet.

2.3 Sicherheit und klare Regeln für den demokratischen Diskurs

Deutschland und Europa brauchen eine digitale Zivilgesellschaft, die gemeinsame moralische Haltungen und Werte teilt. Es muss ein sicherer Raum abseits von Angebot und Nachfrage, ökonomischer Leistungsfähigkeit und technologiegetriebenen Geschäftsmodellen geschaffen werden, in dem Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen vertrauensvoll agieren können. Man hält sich an gemeinsame Wertvorstellungen und aus Überzeugung, Anstand und Gewissensgründen. Je mehr Menschen darauf bauen, dass Fairness, Wahrheit und Menschenwürde weiterhin zählen, desto stärker wird die Digitalisierung als Fortschritt und – auch weiterhin – positive Kraft begriffen.

Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft wird nur gelingen, wenn die Bürger überzeugt sind, dass sich neue Geschäftsmodelle und neue Angebote in einem verantwortungsvollen und diskriminierungsfreien Umfeld bewegen. Der Staat muss den Schutz von Kernwerten garantieren und absichern, damit demokratische Standards gewahrt bleiben. Alle gesellschaftlichen Gruppen werden die Digitalisierung im Allgemeinen und das Wirken von Plattformen als Schlüsselspieler der Entwicklung im Besonderen nur annehmen, wenn sie Vertrauen in die digitale Zukunft gewinnen.



In der ersten Phase der Digitalisierung ist mit dem rasanten Aufstieg von Plattformen einiges in der Werteordnung durcheinandergeraten. Manche Player haben Verantwortungsgefühl und Augenmaß beim Betreiben ihrer Geschäfte vermissen lassen. Die Menschen sind als Kunden und Nutzer teilweise mit Illegalität, Manipulation und Meinungsmache konfrontiert.

Die fortschreitende Digitalisierung und Vernetzung bringt darüber hinaus ganz neue Feinde hervor: Professionelle Hacker attackieren Unternehmen, brechen in deren Informationstechnologie-Systeme ein und erbeuten vermeintlich sichere Daten – und untergraben damit letztlich auch das Vertrauen der Menschen in die digitale Sicherheit.

Damit Cyberkriminalität nicht zu Milliarden Schäden für die Wirtschaft führen kann, müssen zunächst die Unternehmen Zugang zu sicherer und vertrauenswürdiger Informationstechnologie haben.

Darüber hinaus gerät unsere gute digitale Kommunikationskultur in der boomenden Plattformökonomie in Gefahr. Plattformen organisieren inzwischen wesentliche Austausch- und Dialogbeziehungen für die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen.

Wir begrüßen diese neue Meinungskultur, werden allerdings keine rechtsfreien Räume dulden. Wir müssen die streitbare, wehrhafte Demokratie auch in der digitalen Welt sichern. Dazu braucht der Rechtsstaat auch Unterstützung – von Zivilgesellschaft, Nutzern, Providern sowie von internationalen Institutionen. Jedwede Verstöße gegen Recht und Menschenwürde müssen umgehend geahndet werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich sicher sein können, wegen Meinungsäußerungen in den digitalen Medien nicht zur Zielscheibe von Straftaten oder Persönlichkeitsrechtsverletzungen zu werden. Dies beschreibt das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden, konkret insbesondere die schwierige Bewertung „unterhalb“ der Strafbarkeitsschwelle, ob eine Meinungsäußerung das allgemeine Persönlichkeitsrecht verletzt oder sich (noch) im Rahmen der sehr weit gehenden grundrechtlich geschützten Meinungsäußerungsfreiheit hält.

Die Verbreitung von Hassreden („Hate Speech“) und Falschmeldungen („Fake News“) gerade auf Social-Media-Plattformen zeigt zweierlei: erstens, welche Gefahren lauern, wenn die Spielregeln für öffentliche

Debatten und politische Meinungsbildung nicht klar definiert sind – und zweitens, wie notwendig es ist, die für die Verfolgung von strafbarer Hassrede verantwortlichen Behörden und Institutionen (Staatsanwaltschaft und Polizei) mit der nötigen Analyse-, Bewertungs- und Verfolgungskompetenz auszustatten.

Hier ist der Staat gefordert. Er muss dafür sorgen, dass Straftaten, die in den neuen digitalen Räumen begangen werden, verfolgt und ihre Täter identifiziert und verurteilt werden können. Denn wir wollen die neue Diskussionskultur fördern – aber ohne ihre Schattenseiten.

Immer dringender wird die Anforderung, als Staat gerüstet zu sein, wenn Entwicklungen aus dem Ruder laufen. Illegale Geschäftspraktiken und die Vermittlung von illegalen Inhalten z. B. werden die Vorbehalte gegenüber einer Plattformökonomie erhöhen, auf die Deutschland und Europa als Wachstumstreiber unbedingt setzen sollten.

Der Staat ist gefordert, diese Sicherheit zu garantieren. Er muss befugte und befähigte Institutionen aufbauen, welche die neuen digitalen Räume überwachen, Verstöße registrieren und diese vor allem sanktionieren können.

2.4 Europäische Souveränität

Deutschland wird am meisten gewinnen, wenn der Schulterschluss mit Europa gelingt und so die Chancen der Digitalisierung gemeinsam genutzt werden. Ein zusätzliches Plus von 415 Milliarden Euro an jährlichem Wachstum für ganz Europa ist allein durch Realisierung des Digitalen Binnenmarkts möglich – also dann, wenn bestehende Barrieren beseitigt und die nationalen digitalen Märkte zu einem einzigen zusammengeführt werden.²² Der digitale Schritt nach vorn würde ein Plus von 3,8 Millionen Arbeitsplätzen für Europa bringen – und könnte die Kosten für die öffentliche Verwaltung um bis zu 20 Prozent reduzieren.

²² Mitteilung der Europäischen Kommission: Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt in Europa, 2015.



Diese Positivprognose für Europa wurde noch vor dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich erstellt, es würden sich unter den neuen Realitäten wahrscheinlich andere, womöglich leicht geringere Kennzahlen ergeben. So oder so: Der geplante EU-Austritt des Vereinigten Königreichs ist auch ein Signal an die verbleibenden Mitgliedsstaaten, beim Digitalisierungsprogramm das Tempo zu erhöhen, damit eine Gigabit-Wirtschaft in ganz Europa bis 2025 entstehen kann.

Europa braucht einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Digitalen Binnenmarkt. Es ist höchste Zeit, den immer noch bestehenden Flickenteppich an rechtlichen Bestimmungen hinter sich zu lassen und ein stringentes Regelwerk zu entwickeln. Die europäische Antwort auf globale digitale Märkte kann nur sein, groß zu denken und groß zu handeln – anders ausgedrückt: als digitale Einheit aufzutreten. Ziel muss sein, der heimischen Wirtschaft beste Rahmenbedingungen in der Digitalisierung zu bieten. Denn kein noch so agiles europäisches Start-up mit großen Wachstumsambitionen wird es mit etablierten, ressourcenstarken amerikanischen Konkurrenten aufnehmen können, wenn es sich für die Expansion in Europa auf 28 Regelungswerke und Bürokratien einstellen muss. Die Reformagenda ist immer noch lang. Auf ihr stehen Harmonisierungen im Urheber- und Steuerrecht, einheitliche Standards und gemeinsame Normung, mehr Sicherheit bei Cloud-Dienstleistungen und ein einfacherer grenzüberschreitender Online-Handel.

Die Europäische Union braucht einen gemeinsamen digitalen Handlungsrahmen, der investitionsfreundlich, flexibel, unbürokratisch und wettbewerbsrechtlich sicher ist. Die Zeit drängt, Europa zu einem homogenen digitalen Kontinent zu entwickeln. Dann wird es auch für wagemutige Gründer aus Europa und anderen Regionen hochattraktiv sein, ihre neuen Firmen irgendwo zwischen Schweden und Zypern anzusiedeln und von hier aus zu expandieren.

Zur Wettbewerbsfähigkeit von Europa gehört auch, mit seinen Institutionen digital up to date zu sein. Die Staaten müssen mit ihren Behörden und Organisationen gewissermaßen auch eine digitale Transformation durchlaufen – digitale Vorbilder setzen, die eigenen Abläufe den neuen digitalen Erfordernissen anpassen, sich die notwendige digitale Kompetenz aneignen sowie vernünftige und praktikable Kontrollmechanismen und -routinen, z. B. beim Datenschutz, erarbeiten. Es gilt, die staatlichen Strukturen den neuen Lebenswelten von Unternehmen und Bürgern anzupassen.

Unter dem Strich steht die Erkenntnis: Die zentrale Herausforderung für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland liegt darin, allen Unternehmen und Bürgern gleiche Chancen der Teilhabe einzuräumen, faire Bedingungen im Wettbewerb herzustellen, private und staatliche Akteure zu souverän Handelnden in der digitalen Welt zu machen sowie eine breite Akzeptanz für Digitale Plattformen zu schaffen.

Der Weg in einen modernen Ordnungsrahmen für Digitale Plattformen in Deutschland und Europa wird nicht streitfrei sein, weil die gesellschaftlichen Gruppen konträre Interessen formulieren. Es gilt, Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen, Widersprüche zu überwinden und Gegensätze überzeugend aufzulösen. Am Ende werden wir auch Wertentscheidungen treffen müssen.